

Antrag 4/I/2024**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Bundesverfassungsgericht schützen, Spielräume der AfD für Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung begrenzen!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der
2 Bundesregierung und die Bundestagsfrakti-
3 on werden aufgefordert, ihre Anstrengungen
4 für eine Novellierung des Bundesverfas-
5 sungsgerichtsgesetzes zu verstärken und
6 entschlossen weiterzuführen.

7 Die Novelle soll gewährleisten, dass die Ar-
8 beitsgrundlagen des Bundesverfassungsge-
9 richts (BVerfG) selbst Verfassungsrang erhal-
10 ten und nicht vom Gesetzgeber mit einfa-
11 cher Mehrheit außer Kraft gesetzt werden
12 können. Um das Bundesverfassungsgericht,
13 das ja die Aufgabe hat, die im Grundgesetz
14 verankerten zentralen Staatsprinzipien und
15 rechtlichen Gewährleistungen zu schützen,
16 selbst vor der Gefahr zu schützen, durch ein-
17 fache Gesetzgebungsmehrheit oder die Blo-
18 ckade von für seine Arbeitsfähigkeit zentra-
19 len Prozessen, etwa der Richter*innen-Wahl
20 die Fähigkeit zu Erfüllung dieser Aufgabe
21 zu verlieren, **ist insbesondere Folgendes im**
22 **Grundgesetz zu verankern:**

- 23 • **Bestimmungen zur Arbeitsweise des**
- 24 **BVerfG,**
- 25 • **zu dem Wahlverfahren der Richter*in-**
- 26 **nen des BVerfG,**
- 27 • **die Einteilung in Senate**
- 28 • **und Grundlagen der Geschäftsvertei-**
- 29 **lung.**

30

31 Begründung

32 Die Verteidigung unserer freiheitlichen und
33 sozialen Demokratie gegen ihre Feinde, zu
34 denen vor allem rechtsextreme und rechts-
35 populistische Gruppierungen zu zählen sind,
36 muss, auch wenn diese zu einem großen Teil
37 nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetz-
38 zes stehen, in erster Linie mit den Mitteln der
39 politischen Auseinandersetzung erfolgen.

40 Die Beseitigung der Verfassungsgrundlagen
41 der Weimarer Republik durch die National-

42 sozialisten 1933 mit den von der Verfassung
43 selbst verfügbar gemachten Mitteln und un-
44 ter Berufung auf zentrale Artikel der Verfas-
45 sung selbst mahnt uns aber, den notwendi-
46 gen Schutz des Grundgesetzes und zentraler
47 Organe unseres Rechtsstaats wie des Bundes-
48 verfassungsgerichts gegen Angriffe der im
49 Moment für den Bestand der Bundesrepublik
50 Deutschland, wie wir sie kennen, gefährlich-
51 sten Gruppierung, nämlich der AfD nicht au-
52 ßer Acht zu lassen.

53 Die AfD könnte, sofern sie eine Sperrminori-
54 tät von einem Drittel der Mandate im Bun-
55 destag erlangt oder durch ihr weiteres An-
56 wachsen Einfluss auf die Regierungspolitik
57 gewinnt, nach der derzeitigen Rechtslage die
58 Arbeit des Bundesverfassungsgerichts etwa
59 durch Blockade der Wahl von demokratisch
60 orientierten Richter*innen lahmlegen oder
61 mit der Durchsetzung eigener Wahlvorschlä-
62 ge, Änderungen der Struktur des BVerfG (Bil-
63 dung weiterer Senate, welche mit AfD-nahen
64 Richter*innen besetzt werden und die Arbeit
65 der bestehenden Senate konterkarieren kön-
66 nen) oder Änderungen der Arbeitsweise des
67 BVerfG (Veränderung der Kriterien der Fallbe-
68 handlung) in einer Weise verändern, welche
69 die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, die
70 Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und das
71 Demokratieprinzip in ähnlicher Weise gefähr-
72 den, wie dies durch die
73 „Justizreform“ der PiS in Polen, die Rich-
74 ter*innen-Ernennungen von Trump in den
75 USA und die von der israelischen Rechtsregie-
76 rung betriebenen Entmachtung des obersten
77 Gerichts entweder bereits geschehen oder
78 beabsichtigt ist.

79 Eine Gesetzgebungsinitiative zum Schutz der
80 Arbeitsgrundlagen des Bundesverfassungs-
81 gerichts ist deswegen dringlich, weil sie nur
82 solange zielführend und erfolgreich umge-
83 setzt werden kann, wie die demokratischen
84 Parteien über eine Zweidrittelmehrheit im
85 Bundestag verfügen.

86

87